

Haushaltsrede 2023 zum Haushalt 2024

von Titus Schüller (Die Linke im Nürnberger Stadtrat)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

direkt nach der AfD zu sprechen, ist immer eine besondere Bürde – als Antifaschist übernehme ich die Aufgabe aber natürlich tapfer und pflichtbewusst. Eine einzige Anmerkung zu den Ausführungen der AfD: Sie haben viel kritisiert, aber keine einzige Alternative aufgezeigt. Sie kassieren hier die Gelder und Aufwandsentschädigungen, sind aber nicht in der Lage, auch nur einen einzigen Änderungsantrag vorzulegen.

Ein großer deutscher Philosoph und Ökonom schrieb einst: „Der Mensch muss zuerst gut essen, gut wohnen und gut gekleidet sein, erst dann wird er auch gut arbeiten.“

Wir begrüßen, dass die Fraktion der Grünen erkannt hat, dass die Schuldenbremse eine Investitionsbremse ist und deshalb abzulehnen ist. Gleichzeitig möchten wir aber betonen, dass man auch Zukunftsinvestitionen in die soziale Infrastruktur und in den ökologischen Umbau über eine Vermögenssteuer finanzieren kann. Immerhin steht die Vermögenssteuer im Grundgesetz, trotzdem wird diese seit Jahrzehnten nicht mehr erhoben. Die Riesenvermögen vergrößern sich immer mehr und werden von der Regierung nicht angetastet.

Wir erleben in den letzten drei Jahren massive Reallohnverluste in Deutschland und auch in Nürnberg. Die arbeitende Bevölkerung und die Rentnerinnen und Rentner haben nach Corona, Krieg und Inflation zunehmend Probleme, die laufenden Kosten zu tragen. Dies gilt insbesondere für Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen. Über 20 Prozent der Nürnberger Bevölkerung leben schon heute in Armut. Auch wenn die Energiepreise sich stabilisiert haben, sind sie heute deutlich höher als vor dem Krieg und wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, sollen sie sogar noch weiter steigen. Einen Sozialtarif wie in anderen Ländern gibt es bis heute nicht.

SPD und CSU betonen heute beide die Notwendigkeit für eine familienfreundliche Politik in Nürnberg. Zu Recht sieht die CSU die Gebührenanhebungen beim Tiergarten und den Schwimmbädern aus Sicht der Familien kritisch. Beim Tiergarten wurden jetzt Verbesserungen angekündigt, bei den Schwimmbädern konnten wir nichts vernehmen. Die SPD will Nürnberg irgendwie mit besseren Spielplätzen familienfreundlicher machen. Ich möchte Ihnen ganz klar sagen: Wer in unserer Stadt drei Kinder hat und diese nach dem ersten Lebensjahr bis zur Einschulung in eine KiTa bringt, kommt in Summe auf Kosten in Höhe von rund 45.000 Euro. Das ist alles andere als familienfreundlich. Das ist nicht akzeptabel. Hier sieht man, dass Nürnberg alles andere als familienfreundlich ist.

Zunehmend sind die Menschen in unserem Land verunsichert und blicken mit Sorge in die Zukunft, aber auch mit Sorge auf das Handeln der Regierungen.

Internationale Situation

Nürnberg ist seit vielen Jahrhunderten und ist bis heute eine international verflochtene Stadt. Deshalb erlauben Sie mir ein paar wenige Anmerkungen zur internationalen Lage.

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Nürnberg etwa 50 % der Wohnungen zerstört, der Rest ebenfalls zu einem großen Teil beschädigt. Die Wohnungen wurden durch Bombenangriffe zerstört, aber auch durch Artilleriebeschuss und andere Kriegshandlungen beschädigt. Die Zerstörung von Nürnberg war ein schwerer Schlag für unsere Stadt. Die meisten unserer Eltern und Großeltern hatten dann aber begriffen, wohin Hass, Vernichtung und Krieg führen. Vielen von ihnen sagten damals: nie wieder Krieg! Manche von ihnen ergänzten: nie wieder Faschismus! Heute titelt die Süddeutsche Zeitung: „Deutschland und Italien - Harmonisches Treffen mit der Postfaschistin“. Soll ernsthaft so die Flüchtlingsfrage gelöst werden?

Heute ist Krieg wieder Normalität geworden. Trotzdem scheint er für viele weit weg zu sein. Als reiche Nation liefern wir Waffen – auch aus Nürnberger Rüstungsfirmen. Der Konzernumsatz von Diehl ist allein im vergangenen Jahr um über 10 Prozent gestiegen. Die Armen hingegen müssen mit den Verlusten zurechtkommen: mit den Toten und Verletzten, mit den zerstörten Wohnungen und der kaputten Infrastruktur.

Die Nürnberger Prinzipien, die nach dem 2. Weltkrieg zu den Nürnberger Prozessen entwickelt wurden und später Eingang ins internationale Völkerstrafrecht gefunden haben, sind eindeutig und sollten unserer Stadt Verpflichtung sein. In den Nürnberger Prinzipien steht in absolut klaren Worten, dass Angriffskriege als Verbrechen gegen den Frieden völkerrechtlich strafbar sind.

Leider müssen wir feststellen, dass das Völkerrecht die letzten Jahre wieder stark an Bedeutung verloren hat. Es hat weder Präsident Putin interessiert, noch zuvor die westlichen Staaten im Kosovo, in Afghanistan, im Irak oder in Syrien. Doch wir bleiben dabei: Wir brauchen eine internationale Sicherheitsarchitektur, die das Völkerrecht achtet und kein instrumentelles Verhältnis zu ihm hat – sprich: mal gilt es, mal gilt es nicht. Damit muss endlich Schluss sein.

Und ich sage auch: Dazu muss man miteinander sprechen. Viele Menschen in unserem Land wünschen sich eine Außenpolitik, die wieder mehr auf Diplomatie statt auf Konfrontation, Krieg und Waffenlieferungen setzt. Eine Politik, die überprüft, ob Sanktionen tatsächlich zu einem Ende des Krieges beitragen oder ob die Gegensanktionen vielleicht doch vor allem dazu führen, dass die eigene Bevölkerung getroffen wird.

Klar sind das keine einfachen Fragen und auch kein einfacher Weg – aber kein unmöglicher. 1968 marschierten die Truppen des Warschauer Pakts, angeführt von der Sowjetunion, in die Tschechoslowakei ein, um den sogenannten „Prager Frühlings“ niederzuschlagen. Trotz allem begann bereits ein Jahr später Willy Brandt als Kanzler die neue Ostpolitik und setzte auf Diplomatie, Verständigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sicherlich ist die Situation nicht eins zu eins übertragbar – aber sie zeigt, dass man Wege suchen kann, um aus einer Situation der Konfrontation herauszufinden.

An dieser Stelle möchten wir dem Nürnberger Amt für internationale Beziehungen ausdrücklich für die dort geleistete Arbeit herzlich danken. Die Städtepartnerschaften und Kooperationen mit Charkiw (Ukraine), mit Hadera (Israel) und mit Nablus (Palästina), aber auch mit Shenzhen (China) sind ein kleiner, aber wichtiger Baustein für ein anderes Herangehen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch sagen: Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte tragen wir eine besondere Verantwortung für das Existenzrecht von Israel. Wir stehen in diesen Tagen an der Seite der israelischen Zivilbevölkerung. Wir stehen aber auch an der Seite der palästinensischen Zivilbevölkerung. Sie beide leiden unter dem Terrorismus der Hamas und den jetzt folgenden Vergeltungsschlägen des israelischen Militärs. Im Antiterrorgesetz der Bundesregierung steht, dass Terrorismus die Anwendung von rechtswidriger Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ist. Genau damit muss Schluss sein. Es darf keine rechtswidrige Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele mehr geben. Stattdessen braucht es auch hier endlich zivile Lösungen auf Grundlage der Beschlüsse der Vereinten Nationen, die die berechtigten Interessen sowohl der Israelis als auch der Palästinenser berücksichtigen müssen. Beide haben ein Existenzrecht.

Und ja, wir haben in unserem Land ein Problem mit Antisemitismus – auch in unserer Stadt. Es ist nicht zu akzeptieren, dass jüdische oder vermeintlich jüdische Einrichtungen wie z.B. das Lokal Tel Aviv – Jaffa mit antisemitischen Parolen beschmiert werden. Wir haben dem Lokal am 9. November ein Solidaritätsbesuch erteilt. Das Datum war natürlich kein Zufall.

Ich sage aber auch, dass uns die Diskussionen in den vergangenen Wochen zunehmend irritiert haben. Ja, es gibt Zuwanderer mit antisemitischem Gedankengut. Aber so zu tun, als ob der Antisemitismus ein importiertes Problem sei, ist auch vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte eine besonders dreiste Verdrehung der Tatsachen. Die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt, dass Antisemitismus und Rassismus aus der Mitte unserer Gesellschaft kommt. Und wer muslimische Zuwanderer unter Generalverdacht stellt, befördert damit antimuslimischen Rassismus. Auch diesem muss Einhalt geboten werden.

Recht auf Wohnen

In unserer Stadt leben Menschen aus 154 Nationen überwiegend sehr gut zusammen. Mein Urgroßvater wurde 1855 in Plech ca. 40 km vor den Toren Nürnbergs geboren und wurde ziemlich genau vor 150 Jahren in Nürnberg eingebürgert. Damals hatte Nürnberg ca. 75.000 Einwohner. Seither lebt meine Familie in dieser Stadt. Heute hat Nürnberg

über 540.000 Einwohner. Nürnberg ist mit und durch Zuwanderung groß und auch wirtschaftlich stark geworden.

Es ist zwar zu begrüßen, wenn der Fraktionsvorsitzende der CSU jetzt bedauert, dass Geflüchtete regelmäßig keine Arbeitserlaubnis erhalten – aber wir wissen schon, dass diese Regelungen zu einem großen Teil auch auf die CSU zurückgehen.

Es ist zwar kein Problem in Nürnberg eine Wohnung zu finden – Voraussetzung ist lediglich, dass man über entsprechend viel Geld verfügt. Haushalte mit mittlerem und unteren Einkommen haben regelmäßig keine Chance angemessenen Wohnraum zu bezahlbaren Preisen zu finden. Auch die Zahl der Wohnungslosen ist gestiegen. Ich finde, das ist ein Skandal. Deshalb bitten wir um Zustimmung zu unseren Anträgen bezüglich der Obdachlosenhilfe.

Die Ursache für die steigenden Mieten ist aber nicht primär dem Bevölkerungszuwachs zuzuschreiben.

- In meiner Kindheit gab es in Nürnberg noch über 65.000 Sozialwohnungen mit gebundenen Mietpreisen – heute sind es keine 18.000 Wohnungen. Da muss man sich über steigende Mieten nicht wundern. Das Motto „bauen, bauen, bauen“ nutzt auch nichts, wenn fast nur teure Eigentumswohnungen gebaut werden. Wir brauchen mehr Sozialwohnungen von Trägern, die langfristig das Ziel haben, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Da muss auch die städtische wbg deutlich mehr leisten.

- Wir müssen günstige Mieten im Bestand sichern. Da gibt es kommunale Möglichkeiten, wie Milieuschutzsatzungen und natürlich ist auch hier die wbg gefordert. In München gibt es z.B. einen 5-jährigen Mietenstopp in den kommunalen Wohnungen. Aber natürlich ist auch der Gesetzgeber gefordert. Wir brauchen einen Mietenstopp und einen Mietendeckel. Aber die Bundesregierung kriegt es ja nicht mal hin, die Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen in drei Jahren von 15 Prozent auf 11 Prozent abzusenken – obwohl dieses sogar im Koalitionsvertrag steht.

- Die neue Studie von Finanzwende Recherche hat zutage gebracht, dass bei den großen

Wohnungskonzernen 41 Prozent (!) der gezahlten Mieten an die Aktionäre als Dividende ausgezahlt wurden. Da ist es kein Wunder, dass die Mieten entsprechend hoch sind. Auch vor diesem Hintergrund brauchen wir eine neue Gemeinnützigkeit für Wohnungsgesellschaften, die günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen wollen. Jeder Polizeichor ist gemeinnützig – aber unsere wbg und unsere Genossenschaften sollen es nicht sein dürfen? Das ist nicht nachvollziehbar.

- Die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte muss ersetzt werden durch eine Ausweitung der kommunalen Bodenpolitik. Der städtische Grund und Boden darf nicht mehr verkauft werden, sondern muss für den Bau dauerhaft bezahlbarer Wohnungen zur Verfügung gestellt werden. Wir haben auch heute einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Zwei grundsätzlich positive Dinge:

Erstens: Nürnberg hat ja nun seit einigen Jahren eine Leerstands- und Zweckentfremdungssatzung. Das ist gut und die Ergebnisse sind messbar. Allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass die Umsetzung zum Teil sehr schleppend ist und es nach wie vor zu Zweckentfremdungen kommt.

Zweitens: Die Bundesregierung hat mit dem Wohngeld Plus tatsächlich eine Reform auf den Weg gebracht, die Menschen mit mittlerem und kleinem Verdienst helfen kann. Allerdings sind die durchschnittlichen Wartezeiten nach dem Erstantrag in Nürnberg über 6 Monate. Die Hintergründe sind uns wohlbekannt und wir danken den dort arbeitenden Mitarbeitenden ausdrücklich für die dort geleistete Arbeit. Trotzdem ist eine solch lange Wartezeit nicht akzeptabel. Wir reden ja nicht nur, sondern helfen Bürgerinnen und Bürgern bei der Antragsstellung und wir erleben immer wieder, dass viele eben nicht die Rücklagen haben, um ein halbes Jahr oder länger überbrücken zu können. Wir brauchen hier also weiter mehr Mitarbeitende und eine weitere Digitalisierung in der Antragsbearbeitung.

Gute Löhne

Der Planungs- und Baureferent Daniel Ulrich hat mir vor einigen Jahren bei einer Podiumsdiskussion der Nürnberger Nachrichten zu erklären versucht, dass die hohen

Mieten ja eigentlich gar nicht problematisch seien, sondern in Wirklichkeit die zu niedrigen Löhne das Problem sind. Ich habe natürlich widersprochen, da, wie dargestellt, das Profitstreben auf dem Wohnungsmarkt die Mieten nach oben treiben. Trotzdem muss ich heute sagen – ganz Unrecht hat der geschätzte Kollege ja nicht.

Gute Löhne für gute Arbeit sind die Grundlage, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, um die steigenden Mieten zu zahlen, die gestiegenen Lebensmittelpreise zu wuppen, die Bildung für die Kinder zu gewährleisten etc. Die Stadt Nürnberg und ihre Töchter sind dabei in besonderer Verantwortung. Und deshalb möchten wir klar und deutlich sagen, dass die Kolleginnen und Kollegen der Service GmbH an unserem Klinikum mit ihrer Eingliederung in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes korrekt eingestuft werden müssen und nicht pauschal in die niedrigste Entgeltgruppe. Wenn man wirklich Geld beim Personal sparen muss, dann kann man das z.B. in der Chefetage tun – Vorstandsbezüge von insgesamt deutlich über 1 Mio. Euro könnte man durchaus auch mal infrage stellen.

Mobilität – sozial und ökologisch

Zum Schluss zur Verkehrspolitik: Wir stehen vor großen sozialen und ökologischen Herausforderungen. Deshalb freuen wir uns, dass wir in den vergangenen Jahren die Weichen in eine andere Richtung stellen konnten, wie in der Vergangenheit. Dass nun das Sozialticket ins Deutschlandticket integriert wurde und somit überregionale Mobilität für 19 Euro im Monat ermöglicht wird, ist ein großer Fortschritt. Insgesamt zeigt das Deutschlandticket, dass günstigere Preise und eine Abschaffung des Tarifdschungels tatsächlich zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV führen und somit unsere Umwelt und im Übrigen auch die Straßen entlastet werden.

Mit dem Radentscheid und dem Mobilitätspakt wurden vor drei Jahren wichtige Grundsatzbeschlüsse gefasst: Eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs und eine bessere Radinfrastruktur. Doch wir merken, dass diese Beschlüsse nicht immer in der Konsequenz umgesetzt werden, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden können. Der Mobilitätspakt muss weiter mit entsprechendem Personal und Finanzmitteln hinterlegt werden.

Und weil es dazu gehört: Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass sich der Ausbau des Frankenschnellweges weiter verschiebt. Noch besser wäre es, dieses Projekt aus dem vergangenen Jahrtausend endgültig zu beerdigen. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt und freuen uns über Zustimmung.

Zu Recht wurde in der Debatte auf die Notwendigkeit einer konsequenten Klimaschutzpolitik aufmerksam gemacht. Ich möchte für Die Linke betonen: Wir treten weiter mit aller Entschiedenheit dafür ein, dass der notwendige ökologische Umbau der Gesellschaft und der Wirtschaft nicht auf dem Rücken der Normal- und Geringverdiener vollzogen werden darf.

Wir werden dem Haushalt, wie er jetzt vorliegt, selbstverständlich nicht zustimmen. Falls die große Kooperation von CSU und SPD unsere Änderungsanträge in weiten Teilen übernimmt, können Sie selbstverständlich mit unserer Zustimmung rechnen.

Zum Abschluss nochmal das Zitat vom Anfang „Der Mensch muss zuerst gut essen, gut wohnen und gut gekleidet sein, erst dann wird er auch gut arbeiten.“ Es stammt übrigens – wie könnte es anders sein – von Karl Marx.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.